

Fragen

für die Fragestunde der 59. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 15. Oktober 2014

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	20	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	15, 16	Mattfeldt, Andreas (CDU/CSU)	1, 2
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 5	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	14
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 31	Özdemir, Cem (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 33
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 36	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27
Dr. Hahn, André (DIE LINKE.)	37, 38	Pitterle, Richard (DIE LINKE.)	21, 22
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ...	3	Rüffer, Corinna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 7
Karawanskij, Susanna (DIE LINKE.)	23, 24	Dr. Schmidt, Frithjof (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 9
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 18	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 40
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 39	Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.)	25, 26
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 34	Dr. Verlinden, Julia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 13

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	11
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	12

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

1. Abgeordneter
**Andreas
Mattfeldt**
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie sich die britische Regierung zum geplanten Verkauf der RWE Dea AG an die Letter One GmbH positioniert, und wenn nein, hat die Bundesregierung sich darum bemüht bzw. wird sie sich darum bemühen, da hiervon auch deutsche Interessen betroffen sein könnten?

2. Abgeordneter
**Andreas
Mattfeldt**
(CDU/CSU) Wie positioniert sich die Bundesregierung zu der Forderung von Prof. Dr. Claudia Kemfert (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) am 6. Oktober 2014 im „ARD-Morgenmagazin“ nach einer nationalen Gasreserve vor dem Hintergrund, dass es für Öl eine Bevorratungsverpflichtung gibt, nach der im Krisenfall die Versorgung 90 Tage aufrechterhalten werden muss und in Deutschland schon über ein Viertel der deutschen Gasspeicher in russischer Hand ist (vgl. www.focus.de/immobilien/energiesparen/wenn-gazprom-dicht-macht-wie-sicher-ist-das-gas-in-unseren-hoehlen-speichern_id_4182980.html)?

3. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wurde die Unterstützung für Kohleprojekte durch die KfW in Gesprächen der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel mit dem US-Präsidenten Barack Obama thematisiert, und stimmt es, dass das Thema von US-Seite zur Sprache gebracht wurde?

4. Abgeordnete
**Katharina
Dröge**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Inwiefern unterstützt die Bundesregierung den vom italienischen Vizeminister für Außenhandel Carlo Calenda in der FAZ vom 6. Oktober 2014 öffentlich geäußerten Vorschlag, ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA in einem verringerten Umfang, etwa ohne ein Kapitel zum Investitionsschutz oder Liberalisierungen im Bereich der Finanzdienstleistungen oder Lebensmittelsicherheit, abzuschließen?

5. Abgeordnete
**Katharina
Dröge**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie will die Bundesregierung Nachverhandlungen beim Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) durchsetzen, wenn sowohl die kanadische Regierung in Person des Handelsministers Ed Fast („Die Verhandlungen zu CETA sind beendet und Kanada und die EU haben sich auf eine

- fertige Fassung geeinigt“, FinanzNachrichten vom 5. Oktober 2014) als auch die designierte EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström („Das wäre keine gute Idee“, DER TAGESSPIEGEL vom 29. September 2014) Nachverhandlungen beim CETA ablehnen?
6. Abgeordnete
Corinna Ruffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Aspekte des Investitionsschutzkapitels im Freihandelsabkommen CETA hält die Bundesregierung für nicht zustimmungsfähig?
7. Abgeordnete
Corinna Ruffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wäre es denkbar, dass auf Grundlage des Investitionsschutzkapitels im CETA bei Umschuldungen von Staatsanleihen Klagen vor internationalen Schiedsgerichten vorgebracht werden könnten?
8. Abgeordneter
Dr. Frithjof Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sind die Äußerungen des Bundesministers für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, aus den vergangenen Wochen zu den Investitionsschutzregeln im CETA so zu verstehen, dass, wenn die Investoren-Staat-Schiedsgerichtsverfahren weiterhin Bestandteil im CETA bleiben sollten, die Bundesregierung im Rat der Europäischen Union gegen ein solches Abkommen stimmen würde?
9. Abgeordneter
Dr. Frithjof Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie möchte die Bundesregierung nach dem Abschluss der Verhandlungen zwischen der Europäischen Kommission und Kanada einzelne Teile im CETA, beispielsweise im Bereich des Investitionsschutzes, neu verhandeln, und welchen Zeitrahmen hat sie dafür ins Auge gefasst?
10. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zum Abstimmungsverhalten der jeweiligen EU-Kommissare bei der Entscheidung über die staatliche Beihilfe für den Bau des britischen Atomkraftwerks Hinkley Point C (insbesondere des EU-Kommissars für Energie Günther Oettinger), und welche Aktivitäten und Gespräche sind vonseiten der Bundesregierung im Vorfeld der Entscheidung durchgeführt worden (bitte mit genauer Angabe; bei den Gesprächen bitte möglichst mit Angabe der Gesprächspartner)?

11. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Anträge (aufgeschlüsselt jeweils nach den zehn größten Branchen und Bundesländern) sind beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle in diesem Jahr bis zum Fristende 30. September 2014 (siehe Abschnitt 2 Besondere Ausgleichsregelung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2014) eingegangen (falls die abschließende Zahl noch nicht vorliegt, bitte Zwischenstand angeben), und mit welchem finanziellen Volumen rechnet die Bundesregierung nach ersten Schätzungen?
12. Abgeordnete
**Dr. Julia
Verlinden**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich das Speicherförderprogramm im Jahr 2013 seit der Einführung im Mai desselben Jahres entwickelt (bitte nach bewilligten Antragszahlen je Monat und durchschnittlichem Tilgungszuschuss in Euro pro Antrag aufschlüsseln)?
13. Abgeordnete
**Dr. Julia
Verlinden**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich das Speicherförderprogramm im Jahr 2014 entwickelt (bitte nach bewilligten Antragszahlen je Monat und durchschnittlichem Tilgungszuschuss in Euro pro Antrag aufschlüsseln), und wie viele Mittel stehen für die Förderung in den Jahren 2014 und 2015 insgesamt zur Verfügung?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

14. Abgeordnete
**Niema
Movassat**
(DIE LINKE.)
- Welche Förderanträge über den der Organisation Cap Anamur zum Aufbau einer Isolationsstation in einem Kinderkrankenhaus in Freetown, der Hauptstadt von Sierra Leone (www.spiegel.de/gesundheit/diagnose/ebola-auswaertiges-amt-lehnt-foerderantrag-von-cap-anamur-ab-a-994224.html), von Nichtregierungsorganisationen, Hilfswerken und sonstigen Akteuren der Zivilgesellschaft hinaus hat die Bundesregierung im Zusammenhang mit der aktuellen Ebola-Epidemie mit welcher Begründung abgelehnt?
15. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Inwieweit ist der Bundesregierung bekannt, dass neben dem ukrainischen Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk (Vorsitzender), dem Parlamentssprecher Oleksandr Turtschynow und dem Innenminister Arsen Awakow auch der frühere Gründer der neonazistischen Nationalsozialen Partei der Ukraine, Andrij Parubij und der Führer des Bataillons „Dnipro-1“, Juri Beresa, Teile der für die am

26. Oktober 2014 stattfindenden ukrainischen Parlamentswahlen neu gegründeten Partei Narodnyi Front sind (www.ukrinform.ua/deu/news/jatzenjuk_an_die_spitze_der_partei_volksfront_gestellt_12657), ebenso wie auch Andriy Biletsky, bekennender Neofaschist und Kommandeur des im Kern aus extrem Rechten bestehenden Bataillons „Azow“ und politischer Führer der neofaschistischen Sozial-Nationalen Versammlung, der Teil des von der Partei eigens gegründeten „Militärrats“ ist (www.kyivpost.com/content/ukraine/parties-plan-to-include-fighters-maidan-activists-to-boost-election-lists-364494.html), und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

16. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)

Inwieweit befürwortet die Bundesregierung die Empfehlung der Europäischen Kommission, zügig mit den Türkei-Beitrittsgesprächen fortzufahren und neue Verhandlungskapitel wie die Kapitel 23 und 24 (Justiz, Grundrechte, Freiheit und Sicherheit) zu eröffnen vor dem Hintergrund, dass neue Gesetze und das Verhalten der türkischen Polizei die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit verletzen, regelmäßig von exzessiver Gewalt während Demonstrationen und bei Festnahmen Gebrauch gemacht wird und selbst die vermeintlichen Fortschritte bei der Integration der kurdischen Minderheit (www.welt.de/politik/ausland/article133027052/Gravierende-Defizite-EU-rechnet-mit-Tuerkei-ab.html) durch die Unterstützung des „Islamischen Staats“ (IS) im Kampf gegen die Kurden in der Türkei sowie die kurdischen Selbstverwaltungsgebiete in Syrien nach meiner Auffassung ad absurdum geführt werden, die Türkei also von der EU jetzt weiter entfernt sei als je zuvor seit Beginn der Gespräche (www.handelsblatt.com/politik/international/proteste-in-der-tuerkei-ein-hoffnungstraeger-wird-zum-menetekel/8465158-2.html)?

17. Abgeordneter
**Uwe
Kekeritz**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Aus welchem Grund hat Deutschland in der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 9. September 2014 als eines von nur elf Ländern mit „Nein“ gegen die Resolution („Towards the establishment of a multilateral legal framework for sovereign debt restructuring processes“ – United Nations A/68/L.57/Rev. 2) gestimmt (www.erlassjahr.de/presse/pressemitteilungen/ueberwaeltigende-mehrheit-fuer-ein-staateninsolvenzverfahren.html), die die Schaffung eines geordneten Staateninsolvenzverfahrens fordert, und auf welche Weise wird Deutschland sich nun im Rahmen des von der Generalversammlung getragenen Prozesses konstruktiv einbringen?

18. Abgeordneter
**Uwe
Kekeritz**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann genau ist mit dem, nach den mir vorliegenden Informationen noch im laufenden Jahr, geplanten endgültigen Abschluss der Verhandlungen mit Mexiko über ein bilaterales Sicherheitsabkommen zu rechnen, und wann wird infolgedessen das Abkommen dem Deutschen Bundestag zur Abstimmung vorgelegt?
19. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung, nachdem am 26. September 2014 in der süd-mexikanischen Stadt Iguala im Bundesstaat Guerrero auf Anordnung des städtischen Sicherheitsbeauftragten 57 Pädagogikstudenten in Polizeiautos verschleppt und mindestens 28 von ihnen durch (bis zu 22 danach festgenommene) Polizisten im Auftrag des Chefs der kriminellen Guerreros Unidos gefoltert und ermordet worden waren (vgl. SPIEGEL ONLINE vom 9. Oktober 2014: <http://bit.ly/luGO0n3>, taz.die tageszeitung vom 7. Oktober 2014: www.taz.de/!147214/), hinsichtlich der Tatumstände, -hintergründe, Täter, benutzten Waffen, Hintermänner usw., und will die Bundesregierung trotz solcher Berichte über Verstrickungen mexikanischer Behörden bzw. Bediensteter in Entführungen, Folter und Morde an ihrem geplanten Sicherheitsabkommen mit Mexiko festhalten, welches offenbar Ende 2014 unterzeichnet werden soll, aber – wie bei allen mir bekannten Sicherheitsabkommen, die Deutschland mit anderen Staaten geschlossen hat – die Einhaltung menschenrechtlicher Standards nicht zur Bedingung macht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

20. Abgeordnete
**Veronika
Bellmann**
(CDU/CSU)
- Wann ist mit einer Entscheidung für die vom Freistaat Sachsen beim Bund beantragten Fördermittel aus dem so genannten Mauerfonds 2015 (der durch die Verkaufserlöse für Grundstücke an der ehemaligen Berliner Mauer und dem Grenzstreifen getragen wird) zu rechnen, und für welche Projekte aus Sachsen wurden Förderanträge gestellt?
21. Abgeordneter
**Richard
Pitterle**
(DIE LINKE.)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die Anwendung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für nicht medizinisch indizierte Besuche eines Saunabetriebs auch nach dem 1. Januar 2015 zuzulassen, und aus welchem Grund wurde das hierzu ergangene Urteil des

Bundesfinanzhofes vom 12. Mai 2005 (V R 54/02), welches die Anwendung des regulären Umsatzsteuersatzes vorschreibt, bisher nicht umgesetzt?

22. Abgeordneter
Richard Pitterle
(DIE LINKE.)
- Inwieweit sieht die Bundesregierung durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 11. September 2014 (C-219/13) die Möglichkeit eröffnet, E-Books dem ermäßigten Umsatzsteuersatz zu unterwerfen, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher unternommen, um die entsprechende Forderung aus dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD umzusetzen?
23. Abgeordnete
Susanna Karawanskij
(DIE LINKE.)
- Wie ist der Handel mit Bitcoins umsatzsteuerlich zu behandeln, und wie ist der Eintausch von selbst erzeugten Bitcoins gegen Euro ertragsteuerlich zu behandeln?
24. Abgeordnete
Susanna Karawanskij
(DIE LINKE.)
- Welche Maßnahmen sind der Bundesregierung bekannt, die die Regierung der Vereinigten Staaten bisher ergriffen hat, um, wie in Artikel 6 Absatz 1 des FATCA-Abkommens (vgl. Bundestagsdrucksache 17/13704) enthalten, ein gleichwertiges Niveau im gegenseitigen Informationsaustausch mit Deutschland zu erreichen, und wo sieht die Bundesregierung diesbezüglich noch Anpassungsbedarf?
25. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Inwieweit werden bei der Entwicklung von Risikofiltern im Zuge der elektronischen Veranlagung diese Filter von externen Stellen hinsichtlich der Funktionsweise kontrolliert bzw. validiert, und inwieweit ist der Einsatz von Risikofiltern zwischen den Bundesländern abgestimmt bzw. harmonisiert?
26. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Art und Umfang von steuerlichen Gestaltungen, denen die derzeitige Ungleichbehandlung von Dividenden und Veräußerungsgewinnen aus sog. Streubesitzbeteiligungen gemäß § 8b Absatz 4 des Körperschaftsteuergesetzes zugrunde liegt, und welche Aktivitäten hat die Bundesregierung unternommen, um die in ihrer Protokollerklärung aus dem Stenografischen Bericht des Deutschen Bundestages vom 28. Februar 2013 (Plenarproto-

koll 17/225, S. 28160) geforderte sorgfältige Beobachtung der Folgen im Hinblick auf das Gestaltungspotenzial umzusetzen?

27. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung zu den Wünschen des Internationalen Olympischen Komitees nach einer Steuerbefreiung gemäß § 50 Absatz 4 des Einkommensteuergesetzes (siehe www.rbb-online.de vom 26. August 2014 und Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 17/13499) für die möglicherweise in Deutschland stattfindenden Olympischen Sommerspiele, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung seit der Fußball-WM 2006 zur europäischen Harmonisierung derartiger Befreiungstatbestände unternommen?
28. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Kommunen (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln) mieten Liegenschaften der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zur Unterbringung von Flüchtlingen an, und nach welchen Kriterien werden die Miethöhen ermittelt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

29. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt es die Bundesregierung, dass sich die Deutsche Bahn AG (DB AG) weigert, die Mehrkosten für den Bahnhof unter der Flughafenstraße in Stuttgart zu tragen (vgl. Schwarzwälder Bote vom 19. März 2013), obwohl der Bau von Bahnhöfen für den Fernverkehr ausschließlich Aufgabe der DB AG ist?
30. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, dass der geltende Planfeststellungsbeschluss für Stuttgart 21 nur den endgültigen Bauzustand regelt und das Eisenbahn-Bundesamt vor dem Start des Tiefbahnhofes eine erneute Genehmigung für den Betrieb erteilen muss (STUTTGARTER ZEITUNG vom 6. Oktober 2014 „Gutachter warnt vor Unfallrisiken im geplanten Tiefbahnhof“), was wiederum nach meiner Auffassung die Gefahr bergen könnte, dass sicherheitsrelevante Auflagen und

Nebenbestimmungen aufgrund der überhöhten Gleisneigung die geplanten Kapazitäten einschränken könnten?

31. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Feststellung im BUND/VCD-Gutachten zu Stuttgart 21, dass der Planfeststellungsbeschluss für den Bauabschnitt 1.1 durch das Eisenbahn-Bundesamt aufgrund eines fehlenden „Nachweises gleicher Sicherheit“ bei der geplanten Gleisneigung rechtswidrig zustande gekommen ist, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für den weiteren Bau?
32. Abgeordneter
Cem Özdemir
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen will die Bundesregierung umsetzen, um den im Gutachten von BUND und VCD nachgewiesenen erhöhten Unfallgefahren und -wahrscheinlichkeiten am künftigen Stuttgarter Tiefbahnhof, welche sich aus der sechsfachen Überschreitung der zulässigen Regelneigung ergeben, zu begegnen und damit einen für die Fahrgäste sicheren und gesetzeskonformen Bau und späteren Betrieb sicherzustellen?
33. Abgeordneter
Cem Özdemir
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Von welchen Kostenrisiken geht die Bundesregierung aus, wenn die DB AG Planungen im Planfeststellungsabschnitt 1.3 ändern muss, um Zuggattungen zu trennen („Antragstrasse plus“)?
34. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den aktuellen Entwicklungen bei Stuttgart 21 im Planfeststellungsbereich 1.3 auf den Fildern (u. a. laut Gutachten der TU Dresden „Konflikte mit dem Nahverkehr und neue Einschätzungen zum Zeitplan“)?
35. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Auswirkungen haben nach Kenntnis der Bundesregierung die geplanten Mischverkehre aus S-Bahnen und Fernverkehrszügen zwischen der geplanten Rohrer Kurve und dem Stuttgarter Flughafen auf den Bahnverkehr in diesem Abschnitt, und welche Szenarien waren nach Kenntnis der Bundesregierung Grundlage der Entscheidung?

36. Abgeordneter
**Matthias
Gastel**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus, dass die Deutsche Bahn AG Alternativen zur geplanten Flughafenanbindung (wie den Haltepunkt unter der Flughafenstraße oder die vom sog. Filderdialog empfohlene Gäubahnvariante) nicht detailliert untersucht hat (siehe u. a. STUTTGARTER ZEITUNG vom 9. Oktober 2014), und dass durch die zusätzliche Belastung der Bahnstrecke zwischen Rohrer Kurve und dem Stuttgarter Flughafen durch Züge des Fernverkehrs eine Taktverdichtung der S-Bahnen sowie eine Erweiterung der Strecke nach Neuhausen in Zukunft kaum möglich sein wird (siehe Gutachten zum Betriebskonzept im Abschnitt Flughafenkurve der TU Dresden)?
37. Abgeordneter
**Dr. André
Hahn**
(DIE LINKE.)
- Wie viele Fernbuslinien gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit in Deutschland, und wie viele davon bieten Verbindungen parallel bzw. ergänzend zum vorhandenen Angebot auf der Schiene an?
38. Abgeordneter
**Dr. André
Hahn**
(DIE LINKE.)
- Wie viele der derzeitigen Fernbuslinien bieten nach Kenntnis der Bundesregierung Rollstuhlfahrern im Sinne der Ausrüstungspflicht nach § 42b des Personenbeförderungsgesetzes die Möglichkeit der Mitreise an (bitte, wenn möglich, Anbieter und Strecke nennen), und in welcher Weise begleitet und unterstützt die Bundesregierung die Schaffung von Barrierefreiheit im nationalen sowie im grenzüberschreitenden Fernbuslinienverkehr auch mit dem Ziel, die vorgegebenen Fristen nach § 62 Absatz 3 des Personenbeförderungsgesetzes zu erfüllen und in diesem Kontext bestehende Bedenken und Hemmnisse auszuräumen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

39. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Unterschiede sieht die Bundesregierung zwischen dem Jülicher AVR- und dem THTR-Reaktor vor allem in Bezug auf einen möglichen Export der Brennelemente in die USA, und welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus?

**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und
des Bundeskanzleramtes**

40. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit trifft es zu (vgl. u. a. SZ vom 4. Oktober 2014), dass der Bundesnachrichtendienst (BND) zwischen 2004 und 2008 Telekommunikations- und Internetverkehr am Frankfurter Netzknoten DE-CIX anzapfte aufgrund von Abreden mit der NSA und dieser so gewonnene Daten auch über deutsche Staatsbürger übermittelte, ohne dass BND-Filterssysteme Letzteres verhindern konnten, und wieso hat die Bundesregierung diesen Berichten zufolge über diese Vorgänge von besonderer Bedeutung die Gremien und Ausschüsse des Deutschen Bundestages bisher nicht pflichtgemäß unterrichtet, sondern auf meine vielfachen parlamentarischen Fragen seit dem Sommer 2013 den Sachverhalt geleugnet oder nicht ausreichend beantwortet (zuletzt in ihrer Antwort vom 11. Juli 2014 auf meine Schriftliche Frage 1 auf Bundestagsdrucksache 18/2145), ebenso in ihrer Antwort auf die Mündliche Frage 55 der Abgeordneten Britta Haßelmann am 8. Oktober 2014 („Routineerfassung“, Plenarprotokoll 18/56, S. 5179 (C) f.)?